

**Antrag 169/II/2022**  
**KDV Steglitz-Zehlendorf**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme (Konsens)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Echte Gewaltprävention fördern: Datenweitergabe an Anti-Gewalt-Projekte durch die Behörden wieder ermöglichen**

- 1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die
- 2 SPD-Mitglieder im Berliner Senat werden aufgefordert
- 3 sich dafür einzusetzen, dass Polizei und Staatsanwalt-
- 4 schaft unverzüglich wieder Daten zu Vorfällen von Hass-
- 5 kriminalität und Gewalt an Organisationen aus der Op-
- 6 ferberatung und Gewaltprävention weitergeben dürfen.
- 7 Dabei sollen selbstverständlich alle Datenschutzvorgaben
- 8 und Anonymisierung verpflichtend eingehalten werden.
- 9 Maßgeblich hierfür soll die bisher gängige Praxis der Da-
- 10 tenweitergabe sein und entsprechende Organisationen
- 11 eng eingebunden werden, damit deren Bedürfnisse ad-
- 12 äquat Berücksichtigung finden.
- 13
- 14 Ohne diese Daten ist nachhaltige Gewaltprävention und
- 15 Opferberatung nicht möglich, da Organisationen nicht in-
- 16 formiert an die Situation in Berlin angepasste Programme
- 17 entwickeln und anbieten können.